

ver.di und DJV fordern:

- Wiedereinführung des gesetzlichen Regelkrankengeldes für gesetzlich Krankenversicherte mit Leistung ab dem ersten Tag der Krankheit, wie es bis zum 31. Dezember 2008 galt
- Im Falle einer Wiedereinführung erhöhter Beitragssätze, sind die Mehrkosten von dem Arbeit-/Auftraggeber zu zahlen, der Personen ohne Entgeltfortzahlungsanspruch beschäftigt. Alternativ: Finanzierung durch eine Lohnfortzahlungsumlage der Beschäftigungsgeber von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- Ergänzung des Geltungsbereichs des Entgeltfortzahlungsgesetzes durch Hereinnahme der arbeitnehmerähnlichen Personen, zumindest derer, die als solche durch Tarifverträge anerkannt werden
- Abschaffung oder Änderung der „Wahl“tarifregelungen zum Krankengeld
 - insbesondere radikale Verkürzung der derzeit dreijährigen Bindungsfrist an die Krankenkasse
 - Abschaffung jeglicher Karenzzeiten beim Eintritt in Krankenkassen
 - „Wahl“tarifkrankengeld braucht klare Regelungen zur Sozial- und Einkommensteuerfreiheit
 - Beitragsfreiheit von Krankengeldbeziehern auch für „Wahl“tarife klarstellen

Die komplette Stellungnahme der Gewerkschaften DJV und ver.di findet sich unter <http://tinyurl.com/dzs6y7>